



FRANZISKA BREMUS

„Big Bank Theory“: Lieber grenzüberschreitend als national konsolidieren

Franziska Bremus ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Eine mögliche Fusion von Deutscher Bank und Commerzbank steht seit einigen Monaten im Raum. Jüngst haben beide Geldhäuser die Aufnahme von Gesprächen öffentlich gemacht. Vor dem Hintergrund der geringen Profitabilität und internationalen Bedeutung deutscher Banken wird die Debatte bislang vor allem betriebswirtschaftlich und politisch geführt. Aber welche *gesamtwirtschaftlichen* Risiken und Chancen bringen Fusionen großer Banken mit sich?

Zunächst steigt bei einer Fusion die Marktkonzentration. Bankspezifische Kreditangebotsschocks können sich umso stärker auf die Gesamtwirtschaft auswirken, je höher die Konzentration im Kreditmarkt ist. Je stärker der Markt also von einigen wenigen großen Banken dominiert wird, desto mehr schlagen sich bankspezifische Änderungen der Kreditvergabe in gesamtwirtschaftlichen Produktionsschwankungen nieder. Zusammenschlüsse großer Banken können damit also destabilisierend wirken.

Hinzu kommt, dass das systemische Risiko tendenziell steigt, je größer eine Bank ist. Eine Reihe von Studien hat dokumentiert, dass sich besonders große Banken, die „too-big-to-fail“ sind, zu günstigeren Konditionen refinanzieren können als kleinere Institute. Denn die Marktteilnehmer erwarten, dass Großbanken im Falle einer Schieflage vom Staat gestützt werden. Geringere Finanzierungskosten setzen wiederum Anreize, höhere Risiken einzugehen und die Verschuldung auszuweiten. Neben der Größe erhöht eine Fusion die Komplexität einer Bank, zum Beispiel hinsichtlich des Geschäftsmodells und der Unternehmensorganisation. Je komplexer eine Bank ist, desto schwieriger ist ihre Restrukturierung im Krisenfall – und desto wahrscheinlicher eine staatliche Rettung.

Um diese Risiken zu reduzieren, wurde daher nach der Finanzkrise der Finanzsektor reformiert: Große Banken müssen höhere Kapitalpuffer aufweisen, damit sie Verluste selbst auffangen können und nicht auf Steuergelder angewiesen sind; in Europa wurden mit der Bankenunion, dem Einheitlichen Aufsichts- und dem Einheitlichen Abwicklungsmechanismus neue Institutionen geschaffen, um das systemische Risiko besser

regulieren zu können. Warum sollte also eine Konsolidierung im Bankensektor auf nationaler Ebene stattfinden? Die Verbindung zwischen Staat und Bank würde ja gerade dann enger, wenn zwei heimische Banken fusionieren. Dagegen kann eine Konsolidierung von Banken durch *grenzüberschreitende* Zusammenschlüsse wichtige Vorteile bieten:

Erstens dürfte dadurch die internationale Risikoteilung zunehmen. Wissenschaftliche Befunde weisen darauf hin, dass grenzüberschreitende Investitionen in Eigenkapital und Kredite an Privat- und Firmenkunden lokale Konsum- und Einkommenschwankungen besonders gut ausgleichen können. Länderspezifische Schocks könnten besser abgedeckt werden, wenn Verluste von Eigentümern aus verschiedenen Ländern getragen werden und die internationale Integration des Privat- und Firmenkundengeschäfts voranschreitet.

Zweitens würde im Falle einer Schieflage eine breitere, internationale Streuung von Verlusten das Risiko von Ansteckungseffekten senken. Außerdem wäre bei einer europäischen Bank die Verbindung mit dem Staat schwächer als bei einer nationalen Großbank, was die Wahrscheinlichkeit einer staatlichen Bankenrettung verringern könnte.

Drittens bliebe die Marktkonzentration im Inland unverändert, da sich der heimische Marktanteil im Gegensatz zu einem nationalen Zusammenschluss zunächst nicht verändern würde. Damit dürften sich bankspezifische Schocks nicht stärker auf die Gesamtwirtschaft auswirken als vor dem Zusammenschluss.

Die Fusion von Deutscher Bank und Commerzbank mag aus einer *einzelwirtschaftlichen* Perspektive für die Beteiligten sinnvoll und legitim sein. Doch die deutsche Politik sollte nicht auf die Schaffung von „nationalen Champions“ im Finanzsektor abzielen. Sinnvoller wäre es vielmehr, rechtliche und institutionelle Hindernisse für eine grenzüberschreitende Konsolidierung des europäischen Bankensektors abzubauen. Dafür ist eine konsequente Umsetzung der Bankenunion essentiell.

Der Beitrag ist am 19. März 2019 im Wirtschaftsblog Makronom erschienen.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

86. Jahrgang 27. März 2019

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig;
Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.;
Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Stefan Bach (1. Bericht); Prof. Dr. Claudia Kemfert (2. Bericht)

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;
Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;
Matthias Laugwitz; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter